

Verstimmung, keine Feindschaft

Podiumsdiskussion an der Goethe-Uni über »Türkei und EU-Politik«

Auftrittsverbote türkischer Politiker, die Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Yücel und aggressive Verbalattacken türkischer Politiker in Richtung EU: Sind die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei dauerhaft gestört? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Deutschen und Türken, belastet die politische Krise auch das Zusammenleben im Alltag? Mit diesen und weiteren drängenden Fragen beschäftigte sich Mitte März eine Podiumsdiskussion, die im Exzellenzcluster Normative Orders unter der Leitung von Prof. Susanne Schröter, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, stattfand. Ihre Gäste und Gesprächspartner waren Lucia Puttrich, Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Burak Kararti, neuer türkischer Generalkonsul in Frankfurt.

In ihrer Einführung verwies Schröter auf die bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden deutsch-türkischen Beziehungen; im 19. Jahrhundert habe man sich im Zuge einer Orientbegeisterung zur Türkei hingezogen gefühlt. Reichskanzler Bismarck habe gar davon gesprochen, dass die Liebe zwischen beiden Ländern nie vergehen würde, so Schröter. Mit der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahre 1999 sei ein weiteres Kapitel einer gemeinsamen Geschichte aufgeschlagen worden, doch wie stehe es augenblicklich darum?

Staatsministerin Lucia Puttrich berichtete einleitend von einem kürzlichen Besuch ihrer Frankfurter Delegation in der türkischen Partnerregion Bursa. Dort habe man sich mit zahlreichen Vertretern vor Ort sehr freundschaftlich ausgetauscht. Dennoch sei eine Atmosphäre der Verunsicherung bei den Gesprächspartnern spürbar gewesen, so Puttrich. Es gebe keine unabhängige Presse mehr in der Türkei, die Re-

gierung versuche, mit Attacken gegen Europa die Politik zu emotionalisieren und innenpolitisch daraus Gewinn zu schlagen, nämlich Stimmen für das Referendum zur geplanten Verfassungsänderung zu bekommen. „Die Menschen in der Türkei wünschen sich aber mehrheitlich eine stärkere Orientierung in Richtung Europa“, so Puttrichs Einschätzung.

Generalkonsul Burak Kararti betonte in seinem einleitenden Statement, dass die Türkei weiterhin ein sehr großes Interesse an einer EU-Mitgliedschaft habe. Auch für die EU sei eine Mitgliedschaft der Türkei ein Gewinn, gerade wegen der geografischen Lage des Landes. Hinsichtlich der Flüchtlingskrise und der Terrorgefahr in Europa sei die Türkei bereits ein wichtiger Partner. Jedoch blockiere die EU die Beitrittsverhandlungen seit geraumer Zeit, es herrsche augenblicklich Stillstand. Dadurch habe die Öffentlichkeit in der Türkei ein zunehmend negatives Bild der EU vermittelt bekommen. „Wenn man wie Lucia Puttrich über die angespannte Atmosphäre im Land spricht, darf man den Putschversuch im letzten Jahr nicht verschweigen“, so Kararti. Nach den Ereignissen hätte sich die Türkei ein höheres Maß an Solidarität seitens der EU gewünscht.

Dem widersprach Lucia Puttrich ausdrücklich: Der Putschversuch sei ausdrücklich von der Politik in Deutschland verurteilt worden. Dass die Beitrittsverhandlungen ins Stocken geraten seien, habe unter anderem mit Themen wie fehlender Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu tun: „Heute ist die Türkei von einer EU-Mitgliedschaft so weit entfernt wie nie zuvor“, betonte Puttrich. Der Putsch stelle für die Türkei sicherlich eine schwierige Herausforderung dar, jedoch habe sie kein Verständnis dafür, wie man angesichts des derzeiti-

gen Ausnahmezustandes, der die demokratische Meinungsbildung ganz erheblich einschränke, über eine Verfassungsänderung abstimmen lassen könne.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde Kararti nach dem türkischen Wahlgesetz befragt: Dieses erlaube türkischen Politikern nicht, Wahlkampf im Ausland zu machen. Kararti sah darin kein Hindernis, verwies auf die Notwendigkeit, türkische Wähler auch in Deutschland ausreichend über das anstehende Referendum zu informieren. Auf die Frage von Universitätspräsidentin Prof. Birgitta Wolff, wann denn der türkische Staat Akademikerinnen und Akademiker wieder die Reisefreiheit erlaube, wollte Kararti keinen Zeitpunkt nennen; er sei aber zuversichtlich, dass es wieder zu einer Normalisierung komme. Der Ausnahmezustand stelle im Übrigen für deutsche Urlauber, die für den türkischen Tourismus sehr wichtig seien, kein Problem dar, betonte Kararti; die Touristen könnten sich in der Türkei sicher fühlen. Puttrich ergänzte, dass die wirtschaftlichen Folgen des Ausnahmezustandes deutlich zu spüren seien. Sie habe auf ihrer letzten Reise Hotels, die vornehmlich von Wirtschaftsvertretern genutzt werden, nahezu leer vorgefunden. Bei den deutschen Frühbuchern sei bereits ein Rückgang deutlich über 50 Prozent zu verzeichnen. *df*

Die Diskussion war eine Kooperationsveranstaltung des Hessischen Forums für Religion und Gesellschaft (HFRG) mit dem Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) am Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt.
